

Antrag**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.****Entschließung**

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 10/4600, 10/4826 und 10/4970 -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Ein starkes Deutschland in einem starken Europa

Der Landtag Nordrhein-Westfalen bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die Deutschen in diesen Tagen ihren Willen unterstrichen haben, als Volk zusammenzustehen. Die Einheit der deutschen Nation konnte auch durch Jahrzehnte der staatlichen Teilung nicht zerstört werden. Der Landtag Nordrhein-Westfalen sieht in den in der DDR bereits umgesetzten oder noch umzusetzenden politischen Reformen die Voraussetzung für die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes. Die Chance für Selbstbestimmung, für Freiheit und Achtung der Menschenrechte ist auch die Chance dafür, daß das Deutsche Volk - wie es in dem Brief der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Deutschen Einheit vom 21. Dezember 1972 festgelegt ist - "in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".

In der heutigen weltgeschichtlichen Situation haben wir gemeinsam anerkannt:

- daß die Politik des Dialogs und der Verträge mit dem Osten,
- daß die Politik der Menschen- und Bürgerrechte im KSZE-Prozeß,
- daß die Politik der beiderseitigen ausgewogenen Abrüstung,
- daß die Politik der europäischen Integration

ein zusammenhängendes, integriertes Konzept darstellen, mit dem die entscheidenden Schritte zur europäischen Friedensordnung und zur deutschen Selbstbestimmung eingeleitet wurden und daß wir nur auf diesem Weg das Ziel der deutschen Einheit erreichen werden.

Datum des Originals: 14.12.1989/Ausgegeben: 14.12.1989

Der Landtag begrüßt in besonderem Maße

1. das 10-Punkte-Programm der Bundesregierung zur Deutschlandpolitik vom 28. November 1989,
2. den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU und F.D.P. zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland, Drucksache 11/5589 vom 8. November 1989, dem auch die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zugestimmt hat.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um den Weg zur deutschen Einheit durch Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit zu vollenden.

Dr. Worms
und Fraktion

Dr. Rohde
und Fraktion